

CITIZEN



ALTERNATIVER GIPFEL IN BOLIVIEN

Klimaschutz für „Pachamama“

Pia Oppel

Vom 19. bis 22. April findet in Bolivien der erste alternative Klimagipfel statt. Der Kurs der internationalen Klimapolitik soll sich ändern: Versöhnung von Mensch und „Mutter Erde“ anstelle von ausbeuterischer Interessenpolitik.

Vor zehn Jahren war die drittgrößte bolivianische Stadt Cochabamba Schauplatz eines der größten und erfolgreichsten Umweltproteste des Landes. Die „Guerra del Agua“ - der Wasserkrieg - brach aus, als die Regierung die Wasserversorgung der Stadt privatisieren und an den US-amerikanischen Konzern Bechtel vergeben wollte. Heftiger Widerstand der Zivilgesellschaft verhinderte dies.

Bei der von Boliviens Präsident Evo Morales einberufenen „Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde“ geht es um einen ähnlich gelagerten Protest. Das Treffen soll ein Statement gegen eine Form des Klimaschutzes sein, die nach Ansicht der OrganisatorInnen einer Privatisierung der Atmosphäre gleichkomme, ermöglicht durch den Verkauf von Verschmutzungsrechten auf dem Emissionshandelsmarkt.

Erbe eines chaotischen Gipfels

In Cochabamba soll daher der Klimaschutz grundsätzlich überdacht und eine Charta der Naturrechte nach Vorbild der Allgemeinen Menschenrechtserklärung verabschiedet werden. Um die Natur als Rechtssubjekt verteidigen zu können, wird ein Aktionsplan für die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs für Umweltkriminalität ausgearbeitet. Bereits im Oktober 2009 ist ein solches Gerichtsverfahren wegen Klimastrafaten symbolisch inszeniert worden - ebenfalls in Cochabamba. Schließlich möchten die Organisationen ein weltweites Referendum über Klimaschutzmaßnahmen lancieren.

Cochabamba, das ist Boliviens Antwort auf das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen. Präsident Morales verurteilte den „Copenhagen Accord“ und versagte dem Papier bis heute seine Zustimmung. Der von den USA während der hektischen Schlussphase des Gipfels in Absprache mit den großen Schwellenländern ausgehandelte Kompromiss missachte das Mitspracherecht der übrigen UN-Mitglieder. Das beanstandet nicht nur Bolivien. Bis heute haben sich erst 112 der 192 Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention hinter das Abkommen gestellt. Diese Verweigerungshaltung ist aber vor allem ein Protest gegen die unzureichenden Zielvorgaben. Boliviens UN-Klimabotschafter Pablo Solón hat diesen Vorwurf beim ersten „kleinen“ Klimatreffen nach Kopenhagen, das vom 9. bis 11. April in Bonn stattfand, mit Verweis auf einen Bericht der Europäischen Kommission untermauert. Die Industriestaaten bieten im Schnitt Emissionssenkungen zwischen 13 und 17 Prozent bis 2020 (zum Referenzjahr 1990). Sie bleiben damit weit hinter der erforderlichen

Senkung um 40 Prozent zurück, die eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius realistisch machen würde.

Solón hat in Bonn alle Vertragsstaaten aufgefordert, der Einladung nach Cochabamba zu folgen. Der alternative Gipfel könne ein Neuanfang für den Klimaschutz sein und ein Zeichen setzen, damit der UN-Prozess wieder seinem eigentlichen Zweck diene. „Die einzige Möglichkeit die Klimaverhandlungen wieder auf den richtigen Weg zu bringen, (...) ist, die Zivilgesellschaft wieder in den Prozess zu integrieren. Allein die Ausübung globaler Demokratie kann die Menschheit vor einer Klimakatastrophe bewahren.“ Den reichen Ländern gehe es bei den Verhandlungen mittlerweile nur noch um Finanzen, Emissionshandel und die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Gerechter und effektiver Klimaschutz müsse jetzt in Cochabamba wieder auf die internationale Agenda gesetzt werden.

Wer macht (nicht) mit?

Die Registrierung bei der in Rekordzeit und mit geringen Mitteln organisierten Konferenz ist kostenlos und offen für alle. Bisher werden etwa 15.000 Teilnehmer erwartet. Darunter werden wahrscheinlich vor allem Vertreter von lateinamerikanischen Nichtregierungsorganisationen sein, viele davon indigene Zusammenschlüsse. Die großen Umweltorganisationen jedoch bleiben auffallend stumm. „Friends of the Earth“ wird auf der Homepage der Konferenz als Partner genannt, den NGO-eigenen Internetseiten sind dann allerdings nur spärliche Informationen zu dem Ereignis zu entnehmen. Einzelne Greenpeace-Mitglieder reisen nach Cochabamba, die Organisation selbst

hat aber offiziell nichts mit der Konferenz zu tun. Der Chef von Greenpeace France, Pascal Husting, bemüht sich auf Nachfrage hin um eine neutrale Haltung. Greenpeace sei die Cochabamba-Initiative weder gleichgültig noch ein Dorn im Auge. Die Organisation „verdaut momentan noch die Niederlage von Kopenhagen“ und „tüftelt an einer neuen Strategie, die sich in Zukunft auf jene konzentriert, die in Kopenhagen die Champagnerkorken haben knallen lassen“. Damit meint Husting den Unternehmenssektor allgemein und den fossilen Energiesektor im Speziellen. Eine breite, globale zivilgesellschaftliche Bewegung sei natürlich wichtiger denn je, aber sie werde sich durch Diversität auszeichnen. „Greenpeace sieht weniger Sinn in einer weiteren Zusammenkunft um Meinungen auszutauschen, wir wollen provokative Aktionen planen und den Menschen zeigen, dass ein Bewusstseinswandel, wie ihn Kopenhagen bewirkt hat, nicht reicht, um die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten.“

Die bolivianische Regierung hat offizielle Einladungen an alle Regierungen um den Globus versandt. Nach Angaben der Organisatoren nehmen Regierungsvertreter aus 70 Staaten teil. Darunter vor allem jene, die in Kopenhagen nicht am langen Hebel saßen, deren Bevölkerungen von den Folgen des Klimawandels aber besonders gefährdet sind.

Die USA werden sich nicht beteiligen, da sie wenig Verständnis für die Konferenz haben. Im Gegenteil erwägen sie, Abweichler vom eingeschlagenen Verhandlungsweg mit Sanktionen zu bestrafen. Bei den Klimagesprächen in Bonn dachten die Vertreter der USA laut darüber nach, Bolivien könne die versprochene Finanzhilfe zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels verweigert werden, wenn das Land weiter gegen den „Accord“ protestiere.

Aus Europa haben sich bisher Regierungsvertreter aus acht Ländern angemeldet, unter anderem aus Frankreich, Spanien, Belgien und Deutschland, aber keiner aus Luxemburg. Eine Stellungnahme aus dem Nachhaltigkeitsministerium lag bis Redaktionsschluss leider nicht vor.

Cochabamba wird nicht wie Kopenhagen eine Konferenz mit Politprominenz. Aus der Zivilgesellschaft haben indes namhafte Vertreter ihre Teilnahme angekündigt. Neben dem Klimaforscher James Hansen vom NASA Goddard Institute for Space Studies kommen Hollywoodstar James Cameron, der Regisseur von „Avatar“, und die linken Globalisierungskritiker Noam Chomsky, Naomi Klein und José Bové.

Boliviens Präsident Evo Morales lädt zur Klima-Protestkonferenz. Bereits 2008 hatte er in seinen „Zehn Geboten zur Rettung des Planeten“ eine Vision des klimafreundlichen „Guten Lebens“ entworfen

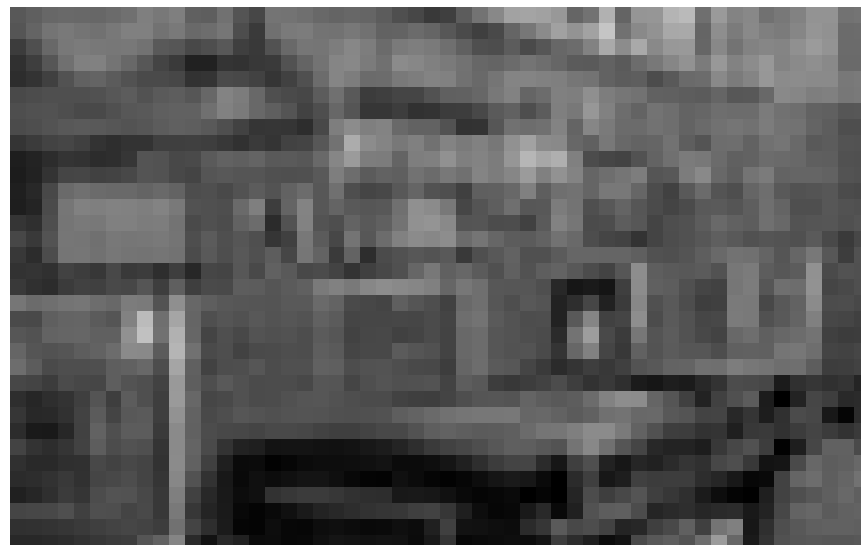


FOTO: PIA OPPEL